

**Geschäftsführerin Hannah Freudenstein**

Elisabethstr. 9

35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 01. März 2022

## **Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 25. Februar 2022**

### **– Nein zu Putins Krieg gegen die Ukraine – Mahnmal ‚Memoria‘ vor Beschädigungen schützen– Bauprojekt Hasenkopf auf den Weg gebracht – AfD blitzt ab**

Die Stadtverordnetenversammlung startete mit einem über den Ältestenrat vorgelegten Antrag aller Fraktionen zur Situation in der Ukraine: „Kein Krieg in Europa – Solidarität mit den Menschen in der Ukraine“. Einstimmig verurteilten die Stadtverordneten den völkerrechtswidrigen Angriff des russischen Militärs auf die Ukraine und sprachen der ukrainischen Bevölkerung ihre Solidarität aus. Denn „Opfer jeder kriegerischen Auseinandersetzung (sind) Bürger\*innen. Sie leben in Kommunen wie unserer. Ihnen gilt unsere Unterstützung und Solidarität.“

#### **Kurze Sitzung mit zwei Dringlichkeitsanträgen**

Die weitere Sitzung währte kurz, denn Corona-bedingt entfielen die Fachausschüsse in der Woche zuvor (bis auf den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss). Zwei Dringlichkeitsanträge lagen vor:

#### **Gegen eine Fahrpreiserhöhung durch den RMV**

Der Antrag des fraktionslosen grünen Abgeordneten Dietmar Göttling sah ein Votum gegen die Umsetzung der Fahrpreiserhöhung des RMV ab Juli 2022 vor und verpflichtete den Oberbürgermeister, diese Position im Aufsichtsrat des RMV zu vertreten. Dieses Anliegen unterstützten auch die Marburger Linke und Michael Weber (Piratenpartei).

#### **Mahnmal Memoria schützen**

Der zweite Dringlichkeitsantrag der Marburger Linken forderte einen verstärkten Schutz des Mahnmals „Memoria“ durch die Stadt, das kurz vor dem Gedenktag an die Opfer des rassistischen Anschlags von Hanau im Februar bereits zum dritten Mal beschädigt worden war. Renate Bastian dazu: Es sei gut und wichtig, dass die Stadt Marburg sich gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung stellt. Dieser Selbstverpflichtung müssten praktische Schritte zum wirksamen Schutz des Mahnmals und zur Bestrafung der Täter folgen. Das dürfe nicht allein der Plattform simdi und dem Künstler übertragen werden. Die Stadt müsse diese Aufgabe übernehmen. Bastian hob hervor, dass der Ausländerbeirat dem Anliegen einstimmig zugestimmt hat.

Da beide Anträge nicht mit der erforderlichen Stimmenzahl als dringlich anerkannt wurden, kamen sie nicht auf die Tagesordnung der Sitzung. Sie werden nun in den Ausschüssen beraten.

### **Hasenkopf als Wohnquartier zum Vorzeigen**

Nachdem der städtebauliche Wettbewerb für das neue Wohnquartier abgeschlossen ist und ein Entwurf ausgewählt wurde, sollen nach der Vorlage des Magistrats weitere Planungsschritte gemacht werden. Es soll ein „zukunftsfähiges, klimagerechtes und sozial durchmischtes Wohnen mit alternativen Mobilitätsangeboten entwickelt werden“. In der von der CDU beantragten Aussprache verwies Tanja Bauder-Wöhr auf rege Beteiligung der Marburger Bürger\*innen am Entwicklungsprozess. Vor dem Hintergrund des notwendigen sozialen Wohnungsbaus hätte sich die Marburger Linke allerdings gewünscht, dass ein Projekt am Oberen Rotenberg auch hätte umgesetzt werden können. „Wir gehen die breit akzeptierte Vorlage zum Hasenkopf aber mit, damit jetzt auch tatsächlich die Bauleitplanung stattfinden und Wohnraum geschaffen werden kann, den es nämlich eigentlich jetzt schon braucht“, erklärte Tanja Bauder-Wöhr in der Aussprache entschieden. Die Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit des Projektes ist auch für die Marburger Linke wichtig, aber bei der Planungsfirma aus München, „jemandem, der die Alpen bebauen kann, ... erkennen wir jedoch diese Fachkenntnis“.

### **AfD abstrus**

Schon seit Monaten wabert ein Antrag des AfD-Stadtverordneten durch die Tagesordnung. Es geht darin um „Sachbeschädigung bei AfD-Vertretern“. Nach AfD-Vermutung kann da nur „die Antifa“ verdächtigt werden. In einem Sammelsurium fordert man Entschädigung, Seminare und Schutz. Für die Marburger Linke konterte Miguel Sanchez, dass es bei diesem Antrag „nicht um den Schutz politischer Vertreter, sondern nur um Provokation ging“. Miguel Sanchez: „Kommt Ihnen der Begriff NSU bekannt vor? Dann reden wir über den real existierenden Extremismus: Rechter Terror! Die extremsten, die tatsächlichen Feinde der Demokratie (sind) nämlich die Faschisten!“ Hierfür erhielt er breitem Applaus des Hauses.

### **Einstimmig angenommen**

Ohne Aussprache folgten die Stadtverordneten den positiven Empfehlungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses zur Straßenumbenennung in Ginseldorf, der Mitgliedschaft bei der Energiegenossenschaft, dem Jahresabschluss und Wirtschaftsplan der Stiftung St. Jakob sowie der DBM. Nach kurzer Aussprache wurde auch die Umsetzung des Batterie-Oberleitungsbus-Projekts beschlossen, das Bürgerbegehren mit dem Ziel, einen Bürgerentscheid gegen die vierte Magistratsstelle zu erwirken, hingegen wurde als unzulässig zurückgewiesen.

Freundliche Grüße von der Fraktion Marburger Linke

Renate Bastian, Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm, Anja Kerstin Meier-Lercher